



Wetteraukreis

Niederschrift

Friedberg, 29.06.2010

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsnummer	IX. WP/49. Sitzung -
Datum	Donnerstag, den 24.06.2010
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:08 Uhr
Ort	Sitzungsraum 201, Friedberg öffentlich

Anwesenheit

Stellv. Vorsitzender

Ekkehard Kehm, Ortenberg

Mitglieder

Stephanie Becker-Bösch, Butzbach i. V. für Oliver Hampel
Waltraud Gewahl, Nidda i. V. für Marc Dieruff
Gerd Gries, Büdingen i. V. für Almut Wilser
Armin Häuser, Bad Nauheim
Peter Heidt, Bad Nauheim
Helmut Jung, Nidda
Alexander Kartmann, Butzbach
Stefan Lux, Florstadt
Michael Rückl, Wölfersheim
Karl-Heinz Schneider, Münzenberg
Jutta Heck, Münzenberg i. V. für Konrad Dörner

Kreisausschuss

Bardo Bayer, Rockenberg
Helmut Betschel-Pflügel, Friedberg
Ottmar Lich, Rabenau
Walter Pöllmann, Nidda
Astrid Triesch, Büdingen
Edda Weber, Florstadt

Schriftführerin

Julia Pilz

Vertreter weiterer Fraktionen

Klaus Fischer Sitzungsgast
Daniel Lachmann Sitzungsgast

Von der Verwaltung

Mark Kannieß, FDL Soziale Hilfen
Mark Weber, Referent Dez. B
Andreas Becker stellv. FDL Finanzen
Marlies Krell-Moder, Personalrat
Ingrid Kellner, FDL Personal
Annette Kaschig, Revision
Peter Rudel, FBL Regionalentwicklung und Umwelt
Wolfgang Dittrich, Referent Dez. A
Frank Neubauer, BL Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft

Gäste

Wolfgang Potinius, Geschäftsführer GZW
Alexander Koitzsch, GZW

Es fehlten entschuldigt

Joachim Arnold
Marc Dieruff
Konrad Dörner
Oliver Hampel
Oswin Veith
Almut Wilser

Der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist auf die ergänzte Einladung mit verkürzter Ladefrist vom 08.06.2010 zur heutigen Sitzung hin und teilt mit, dass diese erneute Einladung notwendig war, da die Anweisung des Regierungspräsidenten erst am 07.06.2010 und damit nach dem Ende der ordnungsgemäßen Ladefrist eingegangen war.

Sie wurde somit nachträglich auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 24.06.2010 genommen.

Weiterhin teilt er folgendes mit:

Die Unterlagen „Variantenvergleich Passivhaus/EnEV Neubauniveau des EGW zu Top 5 Energetische Optimierung der Sporthalle in Rodheim“ sowie der geänderte Beschlussvorschlag des KA vom 15.06.2010 zu Top 8 „Bau von zwei zusätzlichen Klassenräumen am Georg-Büchner-Gymnasium in Bad Vilbel“ wurden im Vorfeld der Sitzung versandt.

Der SIP-Standardbericht mit Stand 15.06.2010 wird zu Beginn der Sitzung verteilt. Fragen hierzu werden nicht gestellt.

Gegen die Tagesordnung in der vorgelegt Form erhebt sich kein Widerspruch.

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt KB Lich mit, dass die noch ausstehenden Aufstellungen zur weiteren Beratung in der AG Konsolidierung nun vorlägen und den Ausschussmitgliedern in den nächsten Tagen zugeleitet würden.

KB Betschel-Pflügel informiert die Ausschussmitglieder über den Erhalt eines Zuwendungsbescheides zur energetischen Optimierung der Kurt-Schumacher-Schule in Karben. Die Zuwendung in Höhe von 1,2 Mio € erfolge in mehreren Schritten bis zum Jahr 2013. Er weist außerdem darauf hin, dass der Wetteraukreis hiervon, nicht nur durch geringere Investitionskosten, sondern auch durch Verringerung der Betriebskosten, profitiere.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift

Der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm weist nach Hinweis und Klarstellung des BL Neubauer darauf hin, dass im Protokoll der HF-Sitzung vom 20.05.2010 folgende Änderung vorgenommen werden muss:

Bei Top 4 auf Seite 4 oben, muss die Zahl „380.000 €“ durch "20.000 bis 30.000 €"

Anschließend wird die Niederschrift vom 20.05.2010 inkl. der vorstehenden Änderung einstimmig, bei einer Enthaltung, genehmigt.

TOP 3 Anfragen an die Fachdezernenten

Zu diesem Tagesordnungspunkt erkundigt sich der Abgeordnete Stefan Lux (SPD) nach dem Sachstand im Zusammenhang mit der Überprüfung einer Rückführung der Eigenbetriebe und der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Kantine.

Hierzu teilt Kreisbeigeordneter Ottmar Lich mit, dass beide Anträge derzeit Gegenstand der Beratungen im Kreisausschuss seien. Die hier erzielten Beratungsergebnisse würden im Anschluss dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Kreistag vorgelegt.

Der Abgeordnete Karl-Heinz Schneider (SPD) weist auf eine Mitteilung an die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses bezüglich der Aufnahme eines Kommunalkredites hin. In diesem Zusammenhang bittet er zukünftig darum, bei der Aufstellung die 3 besten Angebote aufzulisten.

Dies wird vom Kreisbeigeordneten Ottmar Lich für die Zukunft zugesichert.

Weiter fragt der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) nach den, der Presse zu entnehmenden Ideen, die Parkinsonklinik in Bad Nauheim, bzw. die Diabetesklinik an die GZW anzugliedern.

KB Lich bittet den anwesenden Geschäftsführer der GZW, Wolfgang Potinius, diese Frage zu beantworten.

Dieser teilt mit, dass man derzeit bereits in Verhandlungen mit der Diabetesklinik Bad Nauheim stehe, er hierzu aber keine näheren Ausführungen machen dürfe.

Anschließend teilt der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen), mit seine Fraktion werde hierzu gegebenenfalls eine Aktuelle Anfrage zur nächsten Kreistagssitzung stellen.

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

TOP 4

(Drucksachen-Nr. 2010-3470)

Kommunalaufsichtsrechtliche Anweisung des Regierungspräsidiums Darmstadt zu der Genehmigungsverfügung vom 05. Mai 2010 zur Haushaltssatzung 2010/2011 des Wetteraukreises

hier: Beitrittsbeschluss des Kreistages

Hierzu erläutert Kreisbeigeordneter Ottmar Lich kurz die kommunalrechtlichen Unterschiede in den verschiedenen Verfügungen des Regierungspräsidenten.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) erkundigt sich nach den Auswirkungen, die eine Ablehnung dieses Beitrittsbeschlusses zur Anweisung des RP für die Genehmigung des Haushaltes und die bis dahin geltende „Vorläufige Haushaltsführung“ habe.

Hierzu teilt Kreisbeigeordneter Ottmar Lich mit, dass die Genehmigung sich für den Fall, dass kein Beitrittsbeschluss gefasst wird, um ca. 8-14 Tage verzögere und er dann davon ausgehe, dass der RP seine Androhung der Ersatzvornahme umsetzen wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Sodann empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag mehrheitlich, bei einer Gegenstimme, zu Punkt 1 der Vorlage, wie folgt zu beschließen:

„Die Fassung des Beitrittsbeschlusses zur kommunalrechtlichen Anweisung des Regierungspräsidenten wird abgelehnt.“

Anschließend empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag einstimmig, bei Enthaltung der SPD-Fraktion, zu Punkt 2 der Vorlage, wie folgt zu beschließen:

„Der Kreistag verzichtet auf die Erhebung einer Klage, wenn die geforderte Änderung des § 5 der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 im Wege der Ersatzvornahme gemäß § 54 HKO i. V. m. § 140 HGO durch das Regierungspräsidium Darmstadt herbeigeführt wird.“

TOP 5

(Drucksachen-Nr. 2010-3326)

Energetische Optimierung der neuen Sporthalle in Rodheim

Dringlicher Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 31.01.2010, eingegangen am 02.02.2010

Verweisung aus der Kreistagssitzung vom 10.03.2010 in den Haupt- und Finanzausschuss

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt Kreisbeigeordneter Ottmar Lich mit, dass es im Kreis Ausschuss ein Einvernehmen gäbe, nachdem bereits bestehende Verträge nicht wieder neu verhandelt werden sollen. Zudem äußert er Zweifel an dem vom EGW erstellten Papier zum Variantenvergleich zwischen Passivbauweise und der hier geplanten Bauart.

Er teilt aber dennoch mit, dass er bereit sei Gespräche mit der Stadt Rosbach zu führen, in die auch der Kreisbeigeordnete Helmut Betschel-Pflügel und der Betriebsleiter Frank Neubauer eingebunden werden sollen.

An den sich anschließenden Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Armin Häuser (CDU), Stefan Lux (SPD) und Michael Rückl (B90/Die Grünen).

Fraktionsübergreifend, mit Ausnahme der antragstellenden Fraktion, B90/Die Grünen wird Zustimmung zur Haltung des Kreis Ausschusses signalisiert.

Im Anschluss an die Beratungen empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich bei einer Gegenstimme dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

„Der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 31.01.2010, DS-Nr. 2010-3326, wird abgelehnt“

TOP 6 (Drucksachen-Nr. 2010-3328)
Berücksichtigung sozialer Kriterien bei Ausschreibungen des Wetteraukreises
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.01.2010, eingegangen am 01.02.2010
Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vom 08.03.2010, eingegangen am 09.03.2010

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm mit, dass hierzu ein Antrag der SPD-Fraktion sowie ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vorliegt.

Der Abgeordnete Karl-Heinz Schneider (SPD) teilt für seine Fraktion mit, dass diese den Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen unterstützt.

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Armin Häuser (CDU), Michael Rückl (B90/Die Grünen) und Karl-Heinz Schneider (SPD) sowie der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm.

Der Abgeordnete Armin Häuser (CDU) schlägt vor, zu diesem Antrag zunächst eine Stellungnahme des Fachdienstes Recht einzuholen und den Tagesordnungspunkt bis zur Vorlage dieser Stellungnahme zu vertagen.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) regt hierzu an, den Kreisausschuss zu bitten, dem Haupt- und Finanzausschuss diese Stellungnahme bis zur nächsten Sitzung im August vorzulegen.

Gegen diese Verfahrensvorschläge erhebt sich kein Widerspruch.

Sodann fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

1. *„Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.“*
2. *„Der Kreisausschuss wird gebeten, dem Haupt- und Finanzausschuss eine rechtliche Bewertung der vorliegenden Anträge vorzulegen. Diese Stellungnahme soll, soweit möglich, bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden.“*

TOP 7 (Drucksachen-Nr. 2010-3336)
Kantine
Antrag der Fraktionen CDU, FDP und FWG/UWG vom 15.02.2010, eingegangen am 17.02.2010
Verweisung aus dem Kreistag vom 10.03.2010 in den Haupt und Finanzausschuss

Zu diesem Tagesordnungspunkt teilt der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm mit, dass hierzu neben dem Antrag der Fraktionen CDU, FDP und FW auch ein Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen vorliegt.

An der sich anschließenden Beratung beteiligen sich die Abgeordneten Armin Häuser (CDU), Stefan Lux (SPD) und Michael Rückl (B90/Die Grünen) sowie der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm und Kreisbeigeordneter Ottmar Lich.

Kreisbeigeordneter Ottmar Lich teilt mit, dass hierzu, wie bereits unter Top 3 erläutert, Beratungen im Kreisausschuss stattfinden.

Seitens der SPD-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass der Antrag entbehrlich gewesen sei, da es sich ohnehin um einen Auftrag der AG Konsolidierung handele. Es wird beantragt, den Antrag im Ausschuss zu belassen, bis das von Kreisbeigeordnetem Ottmar Lich angesprochene Ergebnis der Beratungen im Kreisausschuss vorliegt.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) spricht sich für seine Fraktion für die Behandlung der Thematik im Rahmen der Systematischen Aufgabenkritik bzw. innerhalb der AG Konsolidierung aus.

Der Abgeordnete Armin Häuser (CDU) teilt für die antragstellenden Fraktionen CDU, FDP und FW mit, dass diese dem Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen nicht zustimmen werden, da eine zeitnahe Berichterstattung zu dieser Thematik erforderlich scheint. Er weist zudem ausdrücklich darauf hin, dass es den antragstellenden Fraktionen nicht um eine Schließung der Kantine sondern um eine Wirtschaftlichkeitssteigerung derselben gehe.

Im Anschluss an die Beratungen ruft der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm zur Abstimmung über den weitestgehenden Antrag, den der Fraktionen CDU, FDP und FW auf.

Sodann empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag mehrheitlich bei 5 Nein-Stimmen folgende Beschlussfassung:

„Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Wirtschaftlichkeit des Kantinenbetriebes zu überprüfen.“

**TOP 8 (Drucksachen-Nr. 2010-3357)
Bau von zwei zusätzlichen Klassenräumen am Georg-Büchner-Gymnasium in Bad Vilbel**

Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Sodann empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Kreistag stimmt dem Bau von weiteren zwei Klassenräumen am Georg-Büchner-Gymnasium in Bad Vilbel noch in diesem Jahr mit Mitteln aus dem Haushalt (Baukosten = 140.000,-€) zu. Gleichzeitig wird der Vereinbarung mit der Stadt Bad Vilbel über deren finanzieller Beteiligung in Höhe von 61.600,- € zugestimmt. Die Vorfinanzierung durch den Wetteraukreis erfolgt durch Umschichtungen aus anderen geplanten Investitionsmaßnahmen.

**TOP 9
Verfassungsbeschwerde**

Die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 9.1 bis 9.3 finden in verbundener Debatte statt.

**TOP 9.1 (Drucksachen-Nr. 2010-3388)
Antrag Verfassungsbeschwerde
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 30.04.2010, eingegangen am 03.05.2010**

**TOP 9.2 (Drucksachen-Nr. 2010-3467)
Änderungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen zum Antrag "Verfassungsbeschwerde" vom 24.05.2010, eingegangen am 26.05.2010**

TOP 9.3 (Drucksachen-Nr. 2010-3466)

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu Antrag "Verfassungsbeschwerde" vom 26.05.2010, eingegangen am 26.05.2010

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Klaus Fischer (Die Linke), Armin Häuser (CDU), Peter Heidt (FDP), Stefan Lux (SPD) und Michael Rückl (B90/Die Grünen), Karl Heinz Schneider (SPD) sowie der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm und der Kreisbeigeordnete Ottmar Lich.

Der Abgeordnete Klaus Fischer (Die Linke) teilt mit, die Unterschiede in den vorliegenden Anträgen seien marginal somit könne auch eine Zustimmung zu den anderen vorliegenden Anträgen erfolgen. Die kommunale Selbstverwaltung sei akut gefährdet und erfordere schnelles Handeln.

Die Abgeordneten Karl-Heinz Schneider (SPD) und Stefan Lux (SPD) beantragen für ihre Fraktion die rechtliche Überprüfung aller vorliegenden Anträge auf Umsetzbarkeit sowie die Vertagung des Tops, bis zur Vorlage dieser Stellungnahme.

Der Abgeordnete Peter Heidt (FDP) teilt mit, dass seine Fraktion es für sinnvoller erachte, die Entwicklungen zunächst abzuwarten, um dem Kreis nicht durch eine Verfassungsbeschwerde zusätzliche Kosten aufzuzwingen, wobei die Aussichten auf Erfolg der Beschwerde derzeit nicht abzuschätzen seien.

Hierbei wird er vom Abgeordneten Armin Häuser (CDU) unterstützt, der zudem ergänzt, dass es sich hierbei um einen „Nebenkriegsschauplatz“ handele, da ja alle öffentlichen Haushalte unterfinanziert seien. Außerdem hätten einige Kommunen in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt.

Der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Möglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften ihre finanzielle Situation aus eigener Kraft zu verbessern nicht ausreichend seien um das Defizit auszugleichen. Angesichts dessen sei die Selbstverwaltung gefährdet und der Unterschied zur Verwaltung durch einen staatlichen Kommissar kaum mehr spürbar. Es bestünde kein Spielraum mehr für freiwillige Leistungen und politische Entscheidungen.

Fraktionsübergreifend wird Kritik am bestehenden Länderfinanzausgleich geäußert.

Der Kreisbeigeordnete Ottmar Lich weist darauf hin, dass eine Klage nur Aussicht auf Erfolg haben könne, wenn man sich mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammenschließe. Dies würde zudem die Kosten einer Klage verringern. Diese Ansicht teile auch Landrat Joachim Arnold.

Der Abgeordnete Karl Heinz Schneider (SPD) weist darauf hin, dass eine Veränderung im Länderfinanzausgleich nicht gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Zuweisungen an die Kommunen sei. Zudem äußert er Unverständnis darüber, warum die Fraktionen CDU, FDP und FW bereits dem Prüfauftrag nicht zustimmen wollen.

Im Anschluss an die Beratung ruft der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm zur Einzelabstimmung über die 4 vorliegenden Anträge auf.

Sodann empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich folgende Beschlussfassung:

„Der Antrag auf rechtliche Überprüfung der vorliegenden Anträge wird abgelehnt.“

Weiter empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich folgende Beschlussfassung:

„Der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen wird abgelehnt.“

Weiter empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich folgende Beschlussfassung:

„Der Antrag der SPD-Fraktion wird abgelehnt“.

Weiter empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss mehrheitlich folgende Beschlussfassung:

„Der Antrag der Fraktion Die Linke wird abgelehnt.“

TOP 10

(Drucksachen-Nr. 2010-3378)

Ausgliederung der Sparte Psychiatrie von den Kliniken des Wetteraukreises Friedberg-Schotten-Gedern gGmbH auf die Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH

Zu diesem Tagesordnungspunkt nehmen Wolfgang Potinius und Alexander Koitzsch vom GZW an der Sitzung teil.

Der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm weist darauf hin, dass der Ausschuss für Soziales dem Kreistag zu dieser Vorlage einstimmig die Zustimmung empfiehlt.

An den Beratungen beteiligen sich die Abgeordneten Michael Rückl (B90/Die Grünen), der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm sowie der Kreisbeigeordnete Ottmar Lich.

Nach kurzer Beratung empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag einstimmig folgende Beschlussfassung:

- 1. Der Kreistag stimmt der Ausgliederung der Sparte Psychiatrie von den Kliniken des Wetteraukreises Friedberg-Schotten-Gedern gGmbH (KdW) und der Übernahme durch die Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH (GZW) zu. Damit verbunden sind die Übernahme des wirtschaftlichen Risikos für die Sparte „Psychiatrie“ seitens der KdW sowie die mittelbare Verlustübernahmeverpflichtung des Wetteraukreises.*
- 2. Der Kreistag stimmt als Voraussetzung für die Ausgliederung der Psychiatrie der Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vom 30.06.1997 (Anlage 1) sowie deren Erweiterung vom 17.04.2000 (Anlage 2) zwischen dem Wetteraukreis und dem Landeswohlfahrtsverband Hessen zu.*
- 3. Der Kreistag stimmt den Anpassungen der Gesellschaftsverträge, der Vereinbarung und dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag zu.*
- 4. Der Kreistag beauftragt den Vertreter des Wetteraukreises in der Gesellschafterversammlung der KdW sowie der GZW (EKB Veith), alle notwendigen Erklärungen, die zur Umsetzung dieser Beschlüsse notwendig sind, abzugeben.*

TOP 11

(Drucksachen-Nr. 2010-3449)

Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Wetteraukreis zum 01.07.2010

hier: Beratung und Beschlussfassung

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des FD Soziale Hilfen, Mark Kannieß, an der Sitzung teil und beantwortet Fragen aus der Mitte des Ausschusses.

An der Beratung beteiligt sich der Abgeordnete Michael Rückl (B90/Die Grünen).

Sodann empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Kreistag einstimmig folgende Beschlussfassung:

„Der Kreistag beschließt die Einrichtung eines Pflegestützpunktes mit der Bezeichnung „**Pflegestützpunkt im Wetteraukreis**“ in der Verwaltungsstelle Büdingen zum 01.07.2010 auf Basis des beigefügten Stützpunktvertrages nebst Anlagen.

Die Verwaltung wird beauftragt alle notwendigen Maßnahmen zur zeitgerechten Umsetzung im Rahmen des Finanzierungsplanes einzuleiten.“

TOP 12

Einhaltung der Stellenbesetzungssperren - Einsparungen 2009

hier: Bericht

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des FD Personal, Ingrid Kellner, an der Sitzung teil und steht für die Beantwortung von Fragen hierzu zur Verfügung.

Der stellv. Ausschussvorsitzende Ekkehard Kehm weist darauf hin, dass der Bericht hierzu bereits in der Sitzung am 05.03.2010 verteilt wurde.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 13

(Drucksachen-Nr. 2010-3344)

Wiederbesetzung einer Sachbearbeiter/innen-Stelle der Entgeltgruppe 9 TVöD im Fachbereich 3 Jugend und Soziales, Fachstelle 3.2.2 Jugendhilfe Ost, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Vakanz und der aus § 13 Abs. 3 HGIG resultierende befristete Wiederbesetzungsanspruch für eine Sachbearbeiter/innen-Stelle in Teilzeit der Entgeltgruppe 9 TVöD im Fachbereich 3 Jugend, Familie und Soziales, Fachstelle 3.2.2 Jugendhilfe Ost, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG, wird zur Kenntnis genommen.

TOP 14

(Drucksachen-Nr. 2010-3345)

Wiederbesetzung einer Sachbearbeiter/innen-Stelle der Besoldungsgruppe A 10 BBesO im Fachbereich 3 Jugend, Familie und Soziales, Fachstelle 3.2.3 Jugendhilfe West, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Vakanz und der aus § 13 Abs. 3 HGIG resultierende befristete Wiederbesetzungsanspruch für eine Sachbearbeiter/innen-Stelle in Teilzeit der Besoldungsgruppe A 10 BBesO im Fachbereich 3 Jugend, Familie und Soziales, Fachstelle 3.2.3 Jugendhilfe West, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG, wird zur Kenntnis genommen.

TOP 15

(Drucksachen-Nr. 2010-3353)

Verkürzung der Stellenbesetzungssperre für eine Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 4 TVöD im FB 3, FSt 3.3.1 Jugendarbeit, Jugendgästehaus Hubertus

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt die Stellenbesetzungssperre für eine Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 4 TVöD im Fachbereich 3, Fachstelle 3.3.1 Jugendarbeit, Jugendgästehaus Hubertus ab 01.07.2010 auf und verkürzt diese um 9 Monate.

TOP 16 (Drucksachen-Nr. 2010-3367)
Verkürzung der Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle im Geschäftszimmer im Job-center Friedberg, JobKOMM GmbH

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt die Stellenbesetzungssperre für eine Sekretariatsstelle in Teilzeit (27 Wochenstunden) im Jobcenter Friedberg (EG 6 TVöD) ab 01.09.10 auf und verkürzt damit die Stellenbesetzungssperre um 6 Monate.

TOP 17 (Drucksachen-Nr. 2010-3368)
Aufhebung der Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle der Entgeltgruppe 14 TVöD im Fachdienst Gesundheit und Gefahrenabwehr

Auf Nachfrage des Abgeordneten Michael Rückl (B90/Die Grünen), teilt die Leiterin des FD Personal, Ingrid Kellner, mit, dass es sich bei der hier zu besetzenden Stelle nicht, wie vom Fragesteller vermutet, um die Stelle handelt, die mit einer bereits im Rentenalter befindlichen Person besetzt worden war.

Diese Besetzung erfolgte übergangsweise zur Überbrückung von Ausfällen im FD Gesundheit, um den reibungslosen Ablauf der Schuleingangsuntersuchung zu gewährleisten. Hierbei handelte es sich um ein befristetes Arbeitsverhältnis.

Nach kurzer Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss hebt die Stellenbesetzungssperre für eine Teilzeitstelle (64,9351 %, das sind rund 25 Stunden wöchentlich) der Entgeltgruppe 14 TVöD im Fachdienst Gesundheit und Gefahrenabwehr ab 01.07.2010 auf und verkürzt diese um 10 Monate.

TOP 18 (Drucksachen-Nr. 2010-3382)
Wiederbesetzung einer Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 13 TVöD im Fachdienst Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Vakanz und der aus § 13 Abs. 3 HGIG resultierende befristete Wiederbesetzungsanspruch für eine Vollzeitstelle (39 Wochenstunden) der Entgeltgruppe 13 TVöD im Fachdienst Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 19 (Drucksachen-Nr. 2010-3383)
Wiederbesetzung einer Teilzeitstelle der Entgeltgruppe 6 TVöD im Sonderfachdienst Schule im Schulsekretariatsbereich gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Vakanz und der aus § 13 Abs. 3 HGIG resultierende befristete Wiederbesetzungsanspruch für eine Teilzeitstelle (35 Wochenstunden) der Entgeltgruppe 6 TVöD im Schulsekretariatsbereich wird zur Kenntnis genommen.

TOP 20

(Drucksachen-Nr. 2010-3395)

Wiederbesetzung einer Sachbearbeiter/innen-Stelle der Entgeltgruppe 6 TVöD im Fachdienst 2.1 Verkehr, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG

Ohne Beratung fasst der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig bei einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Vakanz und der aus § 13 Abs. 3 HGIG resultierende befristete Wiederbesetzungsanspruch für eine Sachbearbeiter/innen-Stelle in Vollzeit der Entgeltgruppe 6 TVöD im Fachdienst 2.1 Verkehr, gemäß § 13 Abs. 3 HGIG, wird zur Kenntnis genommen.

TOP 21

Kulturbarometer 2009

hier: Bericht zu Ergebnissen und Handlungsfeldern der Mitarbeiterbefragung

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Annette Kaschig vom FD Revision an der Sitzung teil und erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation die Inhalte und Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung aus Sommer 2009.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Peter Heidt (FDP) und Alexander Kartmann (CDU), wird die Zusendung der Präsentation und des Fragebogens, per Email, an die Ausschussmitglieder seitens Frau Kaschig zugesichert.

Fragen werden umfassend beantwortet.

TOP 22

Verschiedenes

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Mit Dank an die Anwesenden schließt stellv. Ausschussvorsitzender Ekkehard Kehm um 18:08 Uhr die Sitzung.

aufgestellt

Julia Pilz
Schriftführerin

Ekkehard Kehm
Stellv. Ausschussvorsitzender